

# Zur Geschichte der Göttinger ArbeiterInnenbewegung

## Gustav Kuhn

*Er war der Leiter der Göttinger „Antifa“ und saß dafür fast 12 Jahre seines Lebens in den Gefängnissen und Konzentrationslagern der Nazis. Der Kommunist und Antifaschist Gustav Kuhn wirkte seit 1922 in Göttingen und starb hier 1954.*

Gustav Albert Kuhn wird am 13.2.1892 in Königsberg geboren. 1906 verlässt er als 14-jähriger Jugendlicher die Schule und arbeitet danach in einem Schlachtereibetrieb.

1914 wird Gustav Kuhn als Matrose zum Ersten Weltkrieg einberufen. Doch schon im selben Kriegsjahr wird der 22-jährige verwundet. Gustav Kuhn meutert und verweigert den Kriegsdienst. Wegen Gehorsamsverweigerung wird er bestraft. Gustav Kuhn wird bis zum Kriegsende zunächst in der Festung Köln und anschließend in einer Strafkompagnie im Schleswig Holsteinischen Moor bei Gallstedt in einer Strafkompagnie gefangen gehalten. Nach dem Kriegsende und seiner Befreiung geht Gustav Kuhn nach Berlin und arbeitete in der Schlachtereier seines Schwagers in Treptow.

In Berlin schließt er sich dem *Spartakusbund* an und „macht dort Revolutionskämpfe“ mit. 1919 wird Kuhn verhaftet und erneut bestraft.

Im April 1922 zieht Gustav Kuhn nach Göttingen und wechselt hier in den folgenden zehn Jahren häufig seinen Wohnsitz. Bis 1933 arbeitet er bei der Terrazzofirma Scandolo als Arbeiter. Am 7.6.1930 heiratet Gustav Kuhn Luise Wild (geb. 2.10.1905 in Göttingen).

Seit 1929 ist Kuhn Mitglied der *Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)* und hier von 1932 bis 1933 Hauptkassierer. Zudem ist er Mitglied der *Revolutionären Gewerkschafts-Op- position (RGO)*, Organisationsleiter des *Kampfbundes gegen den Faschismus (KgF)* sowie Kassierer der *Roten Hilfe*. Alle seine Ämter bzw. Mitgliedschaften führt er bis zu seiner ersten Verhaftung 1933 aus.

Ab Januar 1931 finden innerhalb der bereits zuvor bestehenden *Antifaschistischen Arbeiterabwehr (Antifa)* Richtungskämpfe statt, woraufhin Kuhn eine Göttinger Ortsgruppe des *Kampfbundes gegen den Faschismus (KgF)* gründet. Anfangs hat der *KgF* eine Mitgliederstärke von 131 Personen, darunter 9 Frauen.

Am 28.5.1931 veranstaltet der *KgF* einen Propagandumzug durch Göttingen. In der Anmeldung vom 22.5.1931 bei der Polizeidirektion Göttingen bittet Kuhn um die Erlaubnis zur Mitführung eines Transparents „Arbeiter aller Parteien, werdet Mitglied des Kampfbundes gegen den Faschismus“ und kündigt an: „Kappelle spielt!“ Während des Umzuges, der vom Hirtenbrunnen durch die Innenstadt bis zum Ebertal und wieder zurück führt, wird auch für eine Veranstaltung am 29.5.1931 geworben. Unter dem Titel „Anfang und Ende des Faschismus“ versammeln sich laut Polizeibericht 170 BesucherInnen in den Göttinger Festsälen am Ritterplan. Der Braunschweiger KPD-Landtagsabgeordnete Paul Gmeiner erklärt dort: „Wenn wir vom Anfang des Faschismus reden, so können wir sagen, daß dieser bereits Jahre lang besteht. Wir müssen weit zurückgreifen, da der verkappte Faschismus in der Kaiserzeit vorhanden war. Wir können aber nicht genau festlegen, wann der Faschismus aufhört. Wir können uns nur die Entwicklung

vor Augen führen und danach feststellen, daß der Faschismus bald am Ende angekommen ist.“ Auch der Göttinger Buchhändler Hans Leicher und der Göttinger Fritz Schaper (*KPD*) beteiligen sich an der Diskussion. Fünf Monate später, am 24.10.1931 organisiert der *KgF* eine weitere Veranstaltung mit dem Thema „Faschismus“ in den Göttinger Festsälen. Erneut tritt Paul Gmeiner aus Braunschweig auf, Gustav Kuhn spricht dieses Mal als zweiter Redner. Er fordert im Laufe der Veranstaltung die Göttinger Arbeiterschaft mehrmals dazu auf, sich dem *Kampfbund gegen den Faschismus* anzuschließen, um auch in Göttingen eine schlagkräftige Einheitsfront bilden zu können. Laut Polizeiangaben besuchten 280 TeilnehmerInnen, überwiegend KommunistInnen und SozialdemokratInnen die Veranstaltung.

Im April 1932 wird Gustav Kuhn vom Regierungspräsidenten in Hildesheim schriftlich mitgeteilt, dass eine für den 9.4.1932 im Volkshaus (Wiesenstraße) angemeldete Veranstaltung verboten sei. Zur Begründung werden Verstöße gegen die Notverordnung angeführt - der *KgF* habe vor dem „Universum“ in der Wiesenstraße trotz Verbot im März 1932 mehrfach Flugblätter verteilt.

Am 20. April 1932 meldet Gustav Kuhn für den *KgF* eine Propagandaaktion zur Preußenwahl an. Eine selber hergestellte Litfaßsäule soll „an den Tagen Freitag, Samstag und Sonntag auf einem Wagen in den Straßen der Stadt Göttingen herum (...)fahren“. Auf den angebrachten Plakaten soll u.a. zu lesen sein: „Kämpft für Arbeit, Boden, Brot, Freiheit gegen Hunger, Krieg, Faschismus für Sowietunion, für Sozialismus. Wählt Kommunisten Liste 4“.

Die exponierte Rolle Gustav Kuhns rückt ihn bereits in der späten Weimarer Republik in den Fokus von polizeilichen Repressionen. Als am 12.8.1932 Hausdurchsuchungen in „Büro und Buchhandlung des internationalen Bundes der Opfer des Kriegs und der Arbeit, Johannisstraße 24“ sowie in den Privatwohnungen von 7 Kommunisten stattfinden, wird auch die Wohnung von Kuhn in der Angerstr. 11 durchsucht.



Gustav Kuhn, vermutlich nach 1945

rechter Daumen

Nach der Machtübertragung an die Nazis gehört Gustav Kuhn in Göttingen zu den ersten Antifaschisten, die von Verhaftungen betroffen sind. Vom 1.3. bis 7.4.1933 wird Kuhn in Schutzhaft genommen. Hier tritt er gemeinsam mit dem KPD-Abgeordneten Adolf Reinecke und drei weiteren Gefangenen am 28.3.1933 in den Hungerstreik. In einem Beschwerde-Brief an die Polizei-Direktion begründet Kuhn, dass es zwei Tage zuvor zu einem Konflikt mit dem Polizei-Oberwachtmeister Dette gekommen sei. Dieser hatte drohend und provokant geäußert: „Wenn ihr ins Konzentrationslager kommt, da werden wir euch schon mürbe kriegen. Hier geht es euch zu gut, ihr fresset euch hier zu dick“.

An Gustav Kuhn wird 1933 von seinem Genossen Heinz Lechte eine Postkarte aus dem Lager Westerhof bei Osterode am Harz verschickt. In einem geheimen Code will Lechte seinem Genossen offenbar eine Nachricht zukommen lassen: „OTR NTRFO.“

Am 19.8. wird Kuhn erneut von der Polizei festgenommen und am 23.8.1933 in das Konzentrationslager Moringen und anschließend in das KZ Oranienburg überstellt. Zusammen mit seinen Genossinnen Else Heinemann und Elisabeth Vogel zählt Gustav Kuhn zu den ersten Häftlingen im KZ Moringen. Am 19.12.1933 wird er zunächst wieder entlassen. In den folgenden Monaten wird Kuhn zur Arbeit im Straßenbau bei der Hannöversichen Firma Plinke an der Autobahn gezwungen.

## Eine Gedenktafel für Gustav Kuhn

Gustav Kuhn wird im Buch „100 Jahre Göttingen und sein Museum: Texte und Materialien zur Ausstellung im Städtischen Museum und im Alten Rathaus“ im Artikel „Die politische Lage ist hier als verhältnismäßig ruhig zu betrachten...“ von Rainer Rohrbach auf Seite 168 besonders hervorgehoben.

Auf Initiative des Vereins zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V. wurde über Gustav Kuhn im Mai 2012 im Kulturausschuss der Stadt Göttingen diskutiert. Die Ratsfraktion Göttinger Linke brachte hier am 9.5.2012 den Antrag „Anbringung einer Gedenktafel für Gustav Kuhn“ ein. Darin wurde die Stadt gebeten, „eine Gedenktafel für Gustav Kuhn an seinem letzten ehemaligen Wohnhaus Petroslienstraße 8 anzubringen“. Zur Begründung hieß es: „Hätte es mehr mutige und weitsichtige Menschen wie Gustav Kuhn gegeben, hätte unermessliches Leid und Schaden abgewendet werden können. Diesen Teil der Geschichte halten wir für so bedeutsam, dass wir ihn auch in der offiziellen Geschichtsschreibung und Gedenkkultur der Stadt verankert sehen wollen“. Überraschend und im Gegensatz zur Argumentation in den Jahren zuvor lehnte die Göttinger Stadt-

Von März bis Juli 1935 wird er in Hannover eingesperrt. Nach dieser Haft arbeitet Kuhn bei der Baufirma Hildebrandt in Göttingen.

Am 26.11.1936 wird Gustav Kuhn erneut verhaftet und am 3.8.1937 zusammen 6 weiteren Göttinger KommunistInnen des „Hochverrats“ und „verbotener kommunistischen Betätigung“ angeklagt. Dabei wird Kuhn u.a. vorgeworfen gemeinsam mit Gustav Weiss (KPD) und Adolf Reinecke (KPD) im April oder Mai 1933 Waffen und Munition in Göttingen versteckt zu haben. Zur Lagerung der Waffen sollen die Genossen eine Holzkiste gebaut haben, die Bretter sollen von 5 RM bezahlt worden sein, die Gustav Kuhn von seiner Rote-Hilfe-Kassierertätigkeit übrig gehabt haben soll. In der Gestapo-Haft in Kassel (Wehlheiden) wird Kuhn auch von seiner Frau Luise belastet. Nach der Verurteilung am 14.9.1937 verbringt Gustav Kuhn seine Haftstrafe bis zum 14.4.1939 im Zuchthaus in Kassel. Im Anschluss nimmt ihn die Gestapo Hildesheim in Schutzhaft und verschleppt ihn im Mai 1939 in das Konzentrationslager Dachau (bei München). Auf Druck der Gestapo wird seine Ehe am 2.3.1943 zwangsgeschieden.

Am 2.5.1945 wird Gustav Kuhn von der US-Army aus dem Konzentrationslager Dachau befreit. Als kranker und schwer gezeichneter Mann kehrt er 1945 nach Göttingen zurück.

Ab dem 12.6.1945 ist Kuhn erneut in Göttingen im Maschmühlenweg 46 gemeldet. Seit dem 17.5.1946 wohnt er in der Petroslienstraße 8. Kuhn arbeitet zwei Jahre in der Mensa. Auf Grund seiner 12-jährigen Inhaftierung, Schändung und Folterung ist er ab 1948 nicht mehr in der Lage zu arbeiten und muss bis zu seinem Tod um Wiedergutmachung und Entschädigung ringen. Unter der Nummer 34 wird er beim Sonderhilfsausschuss in Göttingen als anerkannter politisch Verfolgter geführt. Nachdem ihm die Entschädigungsgelder für sein tägliches Überleben erst bewilligt wurden, werden ihm diese ab Anfang der 1950er Jahre im Zuge der neu einsetzenden Kommunistenverfolgung wieder aberkannt.

Innerhalb der Göttinger KPD ist Gustav Kuhn weiterhin präsent, nimmt aber eine eher zurückgezogene und beratende Rolle ein, so die Zeitzeugin Karin Rohrig. Ihr Mann Karl-Heinz Rohrig bringt ihm regelmäßig die KPD-Zeitung in seine Wohnung in die Petroslienstraße. Am 3.10.1954 stirbt Gustav Kuhn im Alter von 62 Jahren in Göttingen.

Quellen:  
Stadtarchiv Göttingen Pol.Dir.Fach31aNr2Bd.1  
Stadtarchiv Göttingen Meldekarte Gustav Kuhn  
Hauptstaatsarchiv Hannover Nds. 110 W Acc. 31/99  
Nr. 202328 (Entschädigungs- und Wiedergutmachungsakten)

**Verein zur Förderung  
antifaschistischer Kultur e.V.  
im Mai 2012**

verwaltung den Antrag nicht grundsätzlich ab, sondern unterbreitete einen eignen weitgehenden Vorschlag. In einer Tischvorlage, die dem Kulturausschuss am 24.5.2012 vorgelegt wurde, erkannte der Fachbereich Kultur an, „dass die Göttinger Bürger - Kommunisten, Sozialdemokraten (ISK) und Menschen anderer politischer oder religiöser Prägung – die Widerstand geleistet haben (...), bisher noch in keiner angemessenen Weise in Göttingen gewürdigt werden“. Die Stadtverwaltung machte zudem den Vorschlag „für eine andere Form des Gedenkens an diese Vertreter eines regionalen Göttinger Widerstands gegen die Nationalsozialisten. Zu denken wäre etwa an eine Erinnerungstafel am Gebäude der Stadtbibliothek. Dort im damaligen Stadthaus, befand sich das städtische Polizeigefängnis, in dem die meisten Opfer des Nationalsozialismus zunächst inhaftiert wurden“. Der Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur zeigte sich erfreut, dass nun endlich Bewegung in die Diskussion um die angemessene Form der Würdigung des antifaschistischen Widerstands in Göttingen komme. Bisher gibt es in Göttingen lediglich zwei individuelle Gedenktafeln für Antifaschisten, die 1986 und 2004 gegen Widerstände in der Stadtverwaltung verwirklicht werden konnten.